



HESSISCHER LANDTAG

23. 05. 2023

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Frühkindliche Bildung braucht gute Arbeits- und Rahmenbedingungen

Der Landtag wolle beschließen :

I. Der Landtag stellt fest,

1. der Fachkräftemangel bei Erzieherinnen und Erziehern gefährdet die frühkindliche Bildung. Es muss landesweit alles Mögliche unternommen werden, um neue Fachkräfte zu gewinnen, Auszubildende und erfahrene Erzieherinnen und Erzieher zu halten, Arbeitsbedingungen und Vergütung deutlich zu verbessern.
2. Der von der Landesregierung vorgeschlagene Weg, den Fachkräfteschlüssel weiter zu verschlechtern, ist hingegen der völlig falsche Ansatz. Dieser wird ggf. kurzfristig Lücken stopfen, aber mittelfristig weitere Fachkräfte aus dem Beruf treiben, weil diese ihre Arbeit immer weniger wertgeschätzt sehen. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, die vorgeschlagene Achte Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendgesetzbuches zurückzuziehen.
3. Mit dem ab 2026 greifenden Rechtsanspruch Ganztags an den Grundschulen braucht Hessen mindestens 4.000 weitere Fachkräfte an den Schulen, die diesen Rechtsanspruch auch umsetzen können. Beides scheint aktuell nicht gewährleistet werden zu können. Auch hier muss deutlich mehr seitens der Landesregierung unternommen werden, um Bildung und Betreuung abzusichern.

II. Der Landtag fordert vor diesem Hintergrund die Landesregierung auf,

1. einen Studiengang Lehramt Sozialpädagogik an einer oder mehreren hessischen Hochschulen einzurichten, damit weitere Kapazitäten an Fachschulen geschaffen und so mehr Auszubildende für den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers gewonnen werden können,
2. den Quereinstieg für erfahrene Erzieherinnen und Erzieher, die nicht mehr im Kinderdienst arbeiten wollen oder können, als Lehrkräfte an den Fachschulen zu vereinfachen, um den Lehrkräftemangel zu mindern,
3. einen Qualifizierungsmaster für frühkindliche Bildung einzuführen,
4. die Hürden für den Quereinstieg und Beamtenlaufbahn zu verringern,
5. Freistellungen für Lehrkräfte an den Schulen für die Unterstützung der Quereinsteigerinnen und -einsteiger zu erhöhen,
6. eine schnellere Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen zu ermöglichen und die passgenaue Förderung von Nachqualifizierung bereitzustellen,
7. die Praxisanleitung in den Kitas weiter auszubauen und die mittelbare pädagogische Arbeit endlich anzuerkennen, gesetzlich zu verankern und mit Stundenkontingenten zu berücksichtigen,
8. einen Perspektivplan aufzulegen, um kleinere Gruppen an den Kindertagesstätten zu erreichen und die Fachkraft-Kind-Relation zu verbessern,

9. Fachkarrieren in Kindertagesstätten zu ermöglichen und gesetzlich zu verankern, um den diversifizierten Aufgaben in der frühkindlichen Bildung besser zu begegnen und Aufstiegsoptionen neben der Leitung zu schaffen,
10. für jede Kita mindestens eine Hauswirtschaftskraft und eine Verwaltungskraft zu finanzieren, um die Erzieherinnen und Erzieher zu entlasten und für die pädagogischen Aufgaben freizuhalten,
11. den Kommunen mehr Mittel zum Inflationsausgleich und zur Gehaltsanpassung für eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung zu stellen,
12. ein Landes-Investitionsprogramm Lärmschutz einzuführen, um den Beschäftigten ein gesundes Arbeitsumfeld zu ermöglichen sowie
13. die Grundschulen für den Rechtsanspruch Ganzttag vorzubereiten. Dazu soll das Land Hessen bis Ende 2024 einen Qualitätsrahmen Ganzttag entwickeln, sowie mit einem Sonder-Investitionsprogramm die Schulträger dabei unterstützen, die räumlichen Voraussetzungen für einen gelingenden Ganzttag in ganz Hessen umzusetzen.

Begründung:

Hessen hat einen starken Fachkräftemangel im Bereich der frühkindlichen Bildung, welcher in Zukunft noch weiter zuzunehmen droht. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen offensichtlich nicht aus, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Es braucht weitere Ansätze, um die Erziehungspartnerschaft von Fachkräften, Eltern und Kindern zu stärken.

Wiesbaden, 23. Mai 2023

Die Fraktionsvorsitzende:
Elisabeth Kula